

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union in der Zeit vom 1. April 1983 bis 30. September 1983

**Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats für die Zeit vom
1. April bis 30. September 1983**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	2
1. Ministerkomitee	2
2. Parlamentarische Versammlung	2
II. Politische Fragen	3
1. Türkei	3
2. Außenpolitischer Meinungs Austausch	3
III. Zu der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenberei- chen	3
1. Menschenrechte	3
2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen	3
3. Kultur, Erziehung und Sport	4
4. Medien	5
5. Jugendfragen	5
6. Raumordnung und Städtebau	5
7. Rechtsfragen	5

I. Allgemeines

1. Ministerkomitee

Die 72. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats fand am 28. April 1983 unter Vorsitz des belgischen Außenministers Tindemans statt. Am Vorabend wurde, wie üblich, ein informelles Treffen der Minister veranstaltet. Parallel hierzu traten auf österreichischen Vorschlag erstmalig auch die politischen Direktoren zu einem Meinungsaustausch in Straßburg zusammen. Die deutsche Delegation wurde von Staatsminister Möllemann geleitet. Ministerialdirektor Dr. Pfeffer nahm am Meinungsaustausch der politischen Direktoren teil.

Während des informellen Treffens der Minister wurde hauptsächlich die Madrider KSZE-Folgekonferenz erörtert, wobei die Bedeutung eines erfolgreichen Abschlusses dieser Konferenz für das Ost-West-Verhältnis unterstrichen wurde.

Im Rahmen des Meinungsaustausches der politischen Direktoren unterrichtete Ministerialdirektor Dr. Pfeffer aufgrund der deutschen EPZ-Präsidentschaft zusammen mit dem dänischen und griechischen Direktor (als Mitglieder der Troika) die Vertreter der elf Nicht-EG-Mitgliedstaaten des Europarats über die Haltung der Zehn zu KSZE, KAE, Ost-West-Beziehungen und Nahost-Fragen sowie über die Entwicklung der EPZ. Die Direktoren der Elf erläuterten die Haltung ihrer Regierungen.

Auf der Tagesordnung des Ministerkomitees standen die Ost-West-Beziehungen, die europäische Zusammenarbeit, Fragen des Nord-Süd-Dialogs, die Abhaltung von Ministerkonferenzen über Fragen der Menschenrechte und der Forschung, Fragen der Vereinten Nationen sowie die Lage in der Türkei.

Den Mittelpunkt der Diskussion über die Ost-West-Beziehungen bildete der allgemeine Wunsch, die Madrider KSZE-Konferenz möglichst bald mit der Verabschiedung eines substantiellen und ausgewogenen Schlußdokuments zu beenden, wobei letzteres ein präzises Mandat für eine KAE enthalten und Fortschritte im humanitären Bereich bringen sollte. Die Minister betonten im übrigen, daß sie die anhaltenden Spannungen in Polen und das Fehlen von Fortschritten in Richtung auf eine politische Lösung in Afghanistan aufmerksam beobachteten.

Das Ministerkomitee nahm u. a. einen Bericht der deutschen EG-Präsidentschaft über Fortschritte der Zusammenarbeit in der EG entgegen. Im Hinblick auf den Europarat sprachen sich die Minister für eine regelmäßige Fortsetzung des politischen Meinungsaustausches auf Direktorenebene aus und begrüßten die vom Generalsekretär vorgesehenen kulturellen Aktivitäten zur Stärkung des europäischen Identitätsbewußtseins.

Auf französischen Wunsch befaßten sich die Minister mit Nord-Süd-Fragen, insbesondere im Hin-

blick auf UNCTAD VI. Staatsminister Möllemann wertete das Ministertreffen zwischen EG und ASEAN als Beispiel für einen konstruktiven Nord-Süd-Dialog. Die Minister beschlossen, den Meinungsaustausch über Nord-Süd-Fragen im Rahmen des Europarats fortzusetzen.

Aufgrund einer österreichischen Initiative befaßten sich die Minister mit dem Projekt einer Ministerkonferenz über Menschenrechtsfragen, folgten jedoch dem britischen Vorschlag, einen diesbezüglichen Beschluß von der Prüfung der Thematik einer solchen Konferenz durch einen Ausschuß hoher Beamter abhängig zu machen.

Die Minister nahmen von dem französischen Vorschlag Kenntnis, Ende 1984 eine Forschungsministerkonferenz abzuhalten, beschlossen jedoch, daß auch in diesem Fall ein Ausschuß hoher Beamter sich zunächst mit der Thematik einer solchen Konferenz befassen soll.

Zur Lage in der Türkei gab Außenminister Türken erneut einen ausführlichen Bericht. Er wandte sich mit größerer Schärfe als bisher gegen die Kritik einer Reihe von Staaten an den Bemühungen der Türkei zur Wiederherstellung der Demokratie und erläuterte insbesondere die Vorbereitung der für Herbst 1983 vorgesehenen Parlamentswahlen. Das Ministerkomitee hat die Ausführungen des türkischen Außenministers mit Interesse zur Kenntnis genommen und den Wunsch nach möglichst baldiger Rückkehr zur Parlamentarischen Demokratie in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Europarats zum Ausdruck gebracht.

Der Vorsitz des Ministerkomitees ging mit Ablauf der 72. Sitzung auf Zypern über.

Am Rande der 72. Sitzung zeichneten die Vertreter von zwölf Mitgliedstaaten, darunter Staatsminister Möllemann für die Bundesregierung, das 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe.

Das Komitee der Ministerbeauftragten hielt im Berichtszeitraum fünf Sitzungen ab (358. bis 362.). Im Rahmen der 361. Sitzung erfolgte am 17. Juni 1983 eine Diskussion mit dem neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Dr. Karl Ahrens.

2. Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung hielt den ersten Teil ihrer 35. Sitzungsperiode vom 25. bis 29. April 1983 ab und begann den zweiten Teil am 26. September 1983 (Dauer bis 6. Oktober 1983). Zu Beginn der April-Sitzung wurde mit Dr. Karl Ahrens (SPD) erstmalig in der Geschichte der Parlamentarischen Versammlung ein Deutscher zum Präsidenten gewählt.

Höhepunkt der Frühjahrssitzung war der Besuch des italienischen Staatspräsidenten Pertini beim

Europarat, der am 27. April 1983 auf Einladung der Parlamentarischen Versammlung erfolgte. Präsident Pertini gab in seiner Rede vor den Parlamentariern eine beeindruckende Darstellung seiner Überlegungen zur Rolle Europas in der Welt. Er besuchte u. a. den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Im übrigen beschäftigten sich die Abgeordneten in der April-Sitzung u. a. mit den Ost-West-Beziehungen, der Entwicklung im internationalen Handel, der Information und Konsultation von Arbeitern in transnationalen und nationalen Unternehmen, dem „Jahr der Klein- und Mittelindustrie sowie des Handwerks“ und den experimentellen Tierversuchen.

Der stellvertretende Generalsekretär des Europarats, Gaetano Adinolfi, wurde für fünf Jahre wiedergewählt.

Als Vorsitzender des Ministerkomitees erstattete der belgische Außenminister den Abgeordneten Bericht.

II. Politische Fragen

1. Türkei

Der Ständige Vertreter der Türkei beim Europarat hat im Berichtszeitraum die laufende Unterrichtung des Komitees der Ministerbeauftragten über die Entwicklung der Lage in der Türkei fortgesetzt.

2. Außenpolitischer Meinungsaustausch

Im Rahmen ihres außenpolitischen Meinungsaustausches erörterten die Ministerbeauftragten unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Außenministerien am 20. Juni 1983 Fragen der Vereinten Nationen und am 22. September 1983 Fragen des Nord-Süd-Dialogs im Lichte der Ergebnisse von UNCTAD VI.

III. Zu der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

1. Menschenrechte

Der Europarat hat am 28. April 1983 das 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, welches die Abschaffung der Todesstrafe betrifft, zur Zeichnung aufgelegt. Das Zusatzprotokoll ist inzwischen von 13 Staaten, darunter auch von der Bundesrepublik Deutschland, gezeichnet worden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Berichtszeitraum zwei die Bundesrepublik Deutschland betreffende Urteile verkündet: In dem Urteil in der Sache Pakelli vom 25. April 1983 wurde die Verletzung von Artikel 6 Abs. 3 Buchstabe c der Europäischen Menschenrechtskonvention festgestellt, weil dem Beschwerdeführer für die mündliche Revisionshauptverhandlung kein Pflichtvertei-

diger bestellt worden war, und ihm 668,96 DM Ersatz für Verfahrenskosten zugesprochen.

In dem Urteil gemäß Artikel 50 EMRK vom 21. Juni 1983 in der Sache Eckle (vgl. dazu Drucksache 9/2022 S. 3, Abschn. III 1) wurde die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, den beiden Beschwerdeführern Ersatz für verauslagte Verfahrenskosten von je 9 641,10 DM zu zahlen. Die weitergehenden Schadensersatzansprüche der Beschwerdeführer von ca. 7,5 Mio. DM hat der Gerichtshof als unbegründet zurückgewiesen.

2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen

Vom 6. bis 8. September 1983 fand in Kopenhagen die *XVIII. Europäische Familienministerkonferenz* zum Thema „Die Rolle des betagten Menschen in der Familie in der Perspektive der 80er Jahre“ statt.

Die zweitägige Diskussion befaßte sich sehr eingehend mit den Problemen der alten Menschen in Familie und Gesellschaft, wie sie sich sowohl aus den wirtschaftlichen Veränderungen und Gegebenheiten als auch aus der sich verändernden Bevölkerungs- und Altersstruktur ergeben.

Als wichtiges Ziel der auf die Unterstützung der alten Menschen und ihren Familien gerichteten Politik wurde die Stärkung der Eigeninitiative der älteren Generation genannt, die mehr als bisher zur Vertretung der eigenen Interessen und zur Mitsprache bei den sie betreffenden politischen Maßnahmen motiviert werden sollte.

Die *XIX. Europäische Familienministerkonferenz* wird im Juni 1985 in La Valetta (Malta) zum Thema „Die Wirtschaftskrise und die Familie“ stattfinden. Der Schwerpunkt der Diskussion soll die vielfältigen *Auswirkungen* der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere auch der Arbeitslosigkeit auf die Familie umfassen. Es sollen Vorschläge entwickelt werden, die geeignet sind, Familien bei der Bewältigung dieser wirtschaftlich bedingten Schwierigkeiten zu unterstützen.

Vom 3. bis 5. Mai 1983 fand in Paris die *II. Europäische Arbeitsministerkonferenz*, deren Ziel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik war, statt.

Die Hauptthemen waren: die Schaffung von Arbeitsplätzen durch verstärktes Wirtschaftswachstum; Problemgruppen des Arbeitsmarktes, wie Jugendliche und Dauerarbeitslose; berufliche Bildung als grundlegender Bestandteil der Beschäftigungspolitik; Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel der Arbeitsmarktpolitik.

Die Vorbereitungen für die *2. Konferenz der für Wanderungsfragen zuständigen Minister* (25. bis 27. Oktober 1983 in Rom) wurden fortgesetzt, und Thema der Konferenz wird die Lage der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sein.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete im Mai 1983 die vom *Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten* überarbeiteten Richtlinien des Europarats für Einzel- und Gruppenstipendien auf sozialem Gebiet.

Der Lenkungsausschuß setzte folgende Aktivitäten fort:

- sozialer Schutz älterer Menschen (Vorbereitung der Aufnahme eines neuen Artikels in die Europäische Sozial-Charta),
- bestmögliche Integration von behinderten Kindern in Familien und Gesellschaft (Studienauftrag an ein Expertenkomitee),
- ehrenamtliche Mitarbeit in den Sozialdiensten. (Vorbereitung einer Empfehlung des Europarats).

1984 soll ein Expertenkomitee eingesetzt werden, das sich mit der Klärung von Fragen befassen wird, die mit der Durchführung des Europäischen Fürsorgeabkommens zusammenhängen.

Vom 8. bis 10. November 1983 wird in Straßburg ein Kolloquium des Europarats über die Beteiligung der Klienten an der Arbeit und Organisation von Sozialdiensten stattfinden.

Durch den *Lenkungsausschuß für innereuropäische Wanderung* wurden im Rahmen eines laufenden Programms des Europarats für 1983 Fördermittel für die Durchführung eines Sprachkurses für ausländische Arbeitnehmer an die Bundesrepublik Deutschland vergeben. Der Zweck der Vergabe solcher Fördermittel wird u. a. darin gesehen, im Rahmen beispielhafter Versuche wirkungsvolle pädagogische Systeme für den Unterricht von Ausländern in der Sprache des Aufnahmelandes zu entwickeln.

Der *Ad-hoc-Ausschuß für Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen* hat sich im Berichtszeitraum insbesondere mit der Situation der Frauen in den Medien beschäftigt. In Zusammenarbeit mit dem Massenmedienausschuß wurde vom 21. bis 23. Juni 1983 in Straßburg ein „Medienseminar“ veranstaltet.

Schwerpunkte des Seminars waren: Programme der Medien und ihr Einfluß auf den gesellschaftlichen Wandel im Verhältnis der Geschlechter; Beschäftigungspolitik in den Medien im Hinblick auf eine angemessene Repräsentanz qualifizierter Frauen auf allen Ebenen und in den verschiedenen Bereichen und Auswirkungen der Werbung vor allem auf stereotype Klischeevorstellungen.

Der Ad-hoc-Ausschuß wird auf seinen Herbst- und Frühjahrssitzungen Empfehlungen hierüber ausarbeiten.

Des weiteren befaßte sich der Ausschuß u. a. mit dem Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Chancengleichheit der Frauen sowie mit der Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi.

Das Komitee der Ministerbeauftragten hat eine Empfehlung über die Weiterbildung von Kranken-

schwestern [R (83) 5] angenommen. Auf Dringlichkeitsantrag des Lenkungsausschusses Gesundheit wurde ferner eine Empfehlung betr. AIDS (erworbene Abwehrschwäche) [R (83) 8] verabschiedet, um in Arbeitsteilung mit der Weltgesundheitsorganisation frühzeitig eine Koordinierung der zutreffenden Vorsichtsmaßnahmen gegenüber diesem neuen Krankheitsphänomen zu erreichen. Insbesondere soll die Gewinnung von Gerinnungsfaktor-Produkten aus zu großen Plasmapools vermieden werden. Dem Komitee der Ministerbeauftragten liegen ein Empfehlungsentwurf über Rechtsschutz Geisteskranker, ein Entschließungsentwurf über die Verschreibungspflicht bestimmter Arzneimittel sowie ein Bericht über die gesundheitliche Überwachung von im Lebensmittelgewerbe tätigen Personen, der die Anwendung einer entsprechenden Resolution (= Umsetzung in nationales Recht) in den Mitgliedstaaten zum Inhalt hat, zur Verabschiedung vor.

Der *Lenkungsausschuß Gesundheit* führt z. Z. mehrere Projekte auf dem Gebiet der *Krankenhausinfektionen* durch. Eine zusammenfassende Analyse der verschiedenen Pilotprojekte wird im kommenden Jahr erstellt.

Das Thema für die nächste *Gesundheitsministerkonferenz* des Europarats (Anfang 1985 in Stockholm) wird sein Förderung der geistig-seelischen Gesundheit — Dezentralisierung der psychiatrischen Versorgung. Ein Ausschuß Hoher Beamter wird die Konferenz in drei Sitzungen in Straßburg vorbereiten.

Aus dem Bereich des *Teilabkommens für öffentliches Gesundheitswesen* ist zu berichten, daß bei der 361. Sitzung der Ministerbeauftragten ein *Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Beschränkung der Verwendung bestimmter Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln* verabschiedet wurde. Das verabschiedete Protokoll wird am 25. Oktober 1983 im Europarat zur Unterzeichnung aufgelegt.

Im Berichtszeitraum wurde *Spanien Beobachterstatus* nunmehr in allen *Expertenausschüssen* eingeräumt.

3. Kultur, Erziehung und Sport

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete *Empfehlungen zur Förderung des Europagedankens im Unterricht der Sekundarschule* [R (83) 4] sowie über die Rolle der weiterführenden Schule zur Vorbereitung der Jugend auf das Leben [R (83) 13].

Im Rahmen der 44. Sitzung des *Rats für kulturelle Zusammenarbeit* (CDCC) (Juni 1983) fand eine Konferenz zur Europäischen Kulturellen Zusammenarbeit statt.

Vom 25. bis 27. Mai 1983 veranstaltete der CDCC in Bremen eine Konferenz zum Thema *Stadt und Kultur*. Die Konferenz wurde in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten von Bürgermeister Koschnick eröffnet und galt im wesentlichen Fra-

gen der Erhaltung einer leistungsfähigen kulturellen Infrastruktur sowie neuer Formen der Kulturarbeit unter Nutzung und Förderung autonomer, freier Initiativen.

Nach Griechenland und Italien hat die deutsche Seite ein Besuchsprogramm für Schüler durchgeführt: Im Juli bzw. August d.J. waren über 200 Schüler und 20 Lehrer aus den CDCC-Mitgliedstaaten zu einem 14tägigen *Besuchsaufenthalt* (einschließlich einer 5tägigen Studienreise nach Berlin) in der *Bundesrepublik Deutschland*.

Von April bis September 1983 fand in Lissabon die *XVII. Kunstausstellung* des Europarats zum Thema Portugiesische Entdeckungen und das Europa der Renaissance und von Mai bis Ende Oktober 1983 in Istanbul die *XVIII. Kunstausstellung* des Europarats über die anatolischen Kulturen statt.

Die Vorbereitungen für die 4. *Konferenz der Europäischen Kulturminister* (22. bis 25. Mai 1984 in Berlin) wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. Als Hauptthema der Konferenz ist vorgesehen Kultur und Kommunikationstechnologien.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete eine Empfehlung über *energiesparende Maßnahmen im Sport* [R (83) 6].

Die von der Informellen Arbeitsgruppe der Europäischen Sportminister am 27. Januar 1983 in Paris beschlossenen Schwerpunktvorhaben (Doping; Gewalt im Sport) wurden in den Facharbeitsgruppen behandelt. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

4. Medien

Der zuständige Expertenausschuß des *Lenkungsausschusses für Massenmedien* hat einen Entwurf für europäische Regelungen des Satellitenfernsehens insbesondere unter dem Gesichtspunkt einheitlicher Werbegrundsätze erarbeitet und zusammen mit anderen Aspekten des Satellitenfernsehens in seiner Sitzung vom 19. bis 23. September behandelt. Es wird erwartet, daß der Entwurf einer Empfehlung an die Mitgliedstaaten in Kürze dem Ministerkomitee vorgelegt werden kann.

5. Jugendfragen

Der *Ad-hoc-Ausschuß für Jugendexperten* führte die Diskussion über die aktuelle Lage der Jugend in Europa fort und beriet ein mittelfristiges Arbeitsprogramm.

Das *Europäische Jugendzentrum* veranstaltete im Berichtszeitraum zwölf Seminare, fünf Sprachkurse, zwei Fortbildungskurse, ein Kolloquium und ein Consultativtreffen. An diesen Veranstaltungen nahmen insgesamt 613 Personen teil, von denen 59 aus der Bundesrepublik Deutschland kamen. Besonders hervorzuheben ist einer der beiden Fortbildungskurse, dessen Gegenstand die Ausbildung von Jugendleitern unter besonderer Berücksichtigung von Theorie und Praxis des interkulturellen Lernens war.

Das *Europäische Jugendwerk* förderte im Berichtszeitraum 44 Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit mit insgesamt etwa 2 700 Teilnehmern. Der Anteil der deutschen Teilnehmer betrug etwa 10 v. H. Sieben dieser Maßnahmen fanden in der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Förderungssumme im Berichtszeitraum lag etwas über 2,5 Mio. FF.

6. Raumordnung und Städtebau

Am 19. und 20. Mai 1983 fand die 6. *Europäische Raumordnungsministerkonferenz* (EMKRO) in Torremolinos statt. Es wurden Entschließungen angenommen über die Planungspolitik in Küstenregionen, die Europäische Raumordnungs-Charta sowie über das Statut der Konferenz, ihr Arbeitsprogramm und die finanziellen Auswirkungen.

Von deutscher Seite wurde eine Initiative raumordnungspolitischer Akzente einer europäischen Verkehrspolitik eingebracht, die mit breiter Zustimmung in das Arbeitsprogramm der Konferenz aufgenommen wurde.

Die nächste Raumordnungsministerkonferenz wird in den Niederlanden stattfinden mit dem Schwerpunktthema „Die Entwicklung des Entscheidungsprozesses in der Raumordnung, der Trend zur Dezentralisierung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“.

Dem *Komitee der Ministerbeauftragten* liegt ein Vorschlag zur Abhaltung einer Europäischen Kampagne zur Erhaltung und Erneuerung kleinerer Gemeinden und benachteiligter ländlicher Regionen zur Genehmigung vor.

7. Rechtsfragen

Eine informelle Konferenz der *Europäischen Justizminister* am 12. Mai 1983 in Rom befaßte sich mit den zivilrechtlichen Aspekten des Themas Recht und Inflation. Entsprechend dem Beschluß der Justizminister sollen Informationen zu diesen Thema in einem Sachverständigenausschuß ausgetauscht werden. Mit dem strafrechtlichen Thema der Konferenz, Ermutigung der Zusammenarbeit von Einzelpersonen mit der Justiz, wird sich der Strafrechtslenkungsausschuß in seiner nächsten Sitzung befassen.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* beschloß im Juni 1983, das von einem Sachverständigenausschuß unter deutscher Leitung erarbeitete *Übereinkommen über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten* am 24. November 1983 zur Zeichnung aufzulegen.

Das Übereinkommen verfolgt das Ziel, Entschädigungsleistungen aus öffentlichen Mitteln für Opfer von Gewalttaten und ihre Hinterbliebenen nach Mindestgrundsätzen in den Mitgliedstaaten des Europarats und anderen, dem Übereinkommen beitretenden Staaten sicherzustellen.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete Empfehlungen über die *Beteiligung der Öffentlichkeit an der Kriminalpolitik* [R (83) 7], zum *Schutz personenbezogener Daten für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Statistik* [R (83) 10] (wobei die Bundesrepublik Deutschland Vorbehalte u. a. gegen die Einbeziehung manuell verarbeiteter Daten in den Anwendungsbereich der Empfehlung einlegte), über die *internationale Anerkennung von nationalen Personalpapieren* [R (83) 11] und über das *freie Geleit für Zeugen gemäß Artikel 12 Abs. 1 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens* [R (83) 12].

Für zwei neue *Sachverständigenausschüsse* auf strafrechtlichem Gebiet, die sich mit Jugendkriminalität und extraterritorialer Gerichtsbarkeit befassen werden, wurden Mandate festgelegt.

Vom 1. bis 3. Juni 1983 fand in Straßburg die 6. *Konferenz der Leiter der Vollzugsverwaltungen* statt.

Sie befaßte sich u. a. mit der Problematik des Drogen- und Medikamentenmißbrauchs in Strafanstalten sowie mit der Frage der Auswahl und Ausbildung von Vollzugspersonal.

Das *XIII. Kolloquium im Europäischen Recht* fand vom 20. bis 22. September 1983 in Delphi über das Thema *Internationaler Schutz von Kulturgut* statt.

Im Bereich des Verbraucherschutzes verabschiedete das Komitee der Ministerbeauftragten eine Empfehlung über die *Automatisierung und die Benutzung von Computern in der Verteilung* [R (83) 9].

Der *Ad-hoc-Sachverständigenausschuß für den Tierschutz* hat im April 1983 den Entwurf eines Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Wirbeltieren, die für Versuchs- und andere wissenschaftliche Zwecke verwendet werden, abschließend beraten und dem Komitee der Ministerbeauftragten zugeleitet.

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April 1983 bis 30. September 1983

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	7
II. Politische Fragen	8
III. Haushaltsfragen	8
IV. Rüstungskontrollamt	8
V. Ständiger Rüstungsausschuß	9
VI. Zusammenfassung	9

I. Allgemeines

1. Der WEU-Ministerrat trat am 17. Mai 1983 unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Leo Tindemans in Brüssel zusammen. Die deutsche Delegation leitete Staatsminister Möllemann, Frankreich wurde durch den Generalsekretär im Außenministerium Gutmann, Großbritannien durch den Unterabteilungsleiter im Foreign and Commonwealth Office James, Italien durch den Unterstaatssekretär im Außenministerium Fiori, die Niederlande durch den Staatssekretär im Außenministerium van Eekelen und Luxemburg durch den Ständigen Vertreter im Rat vertreten.

Der Ministerrat erörterte u. a. die Ost-West-Beziehungen, die Lage im Mittelmeerraum und die zukünftige Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses.

Im Anschluß an die Sitzung fand ein Arbeitessen mit Mitgliedern des Präsidialausschusses, des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten und des Verteidigungs- und Rüstungsausschusses der Versammlung unter dem Vorsitz von Außenminister Tindemans statt. Danach folgten gemeinsame Sitzungen des Ministerrats mit dem Verteidigungs- und Rüstungsausschuß und dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten der WEU-Versammlung. Themen des informellen Treffens mit dem Verteidigungs- und Rüstungsausschuß waren die INF-Verhandlungen, die europäischen Verteidigungsleistungen im Rahmen der NATO, die diskriminatorischen Bestimmungen der USA im Bereich der transatlantischen Rüstungskooperation und spezifische WEU-Themen, wie z. B. die Frage einer detaillierten Unterrichtung der Versammlung über die Streitkräfte der WEU-Mitgliedstaaten, die Empfehlung 380 sowie die Tätigkeit des Rüstungskontrollamtes und des Ständigen Rüstungsausschusses.

Themen der informellen Sitzung mit dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten waren die Entwicklung in China und Möglichkeiten der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und der EG, der Mittlere Osten, Polen und die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. Nach den Sitzungen am 17. Mai 1983 ging der Vorsitz im WEU-Ministerrat turnusmäßig auf Frankreich über.

2. Die WEU-Versammlung trat vom 6. bis 8. Juni 1983 zum 1. Teil ihrer 29. Sitzungsperiode in Paris zusammen. Der christ-demokratische italienische Abgeordnete de Poi wurde als Nachfolger des britischen Labour-Abgeordneten Mulley zum Präsidenten der WEU-Versammlung gewählt.

Als Vertreter der Regierungen sprachen der französische Außenminister Cheysson, der auch den 28. Jahresbericht des Rats an die Versammlung erstattete, und Staatsminister Möllemann zur Versammlung. Als Gastredner sprach außerdem SACEUR General Rogers zu den Abgeordneten.

Die Abgeordneten verabschiedeten Empfehlungen zu folgenden Themen:

- China und die europäische Sicherheit,
- Seerechtskonvention,
- politische Aktivitäten des WEU-Rats.

Der Bericht und der Empfehlungsentwurf des luxemburgischen Abgeordneten Prussen, in denen u. a. ein Teil der Empfehlung 380 die Aufhebung der letzten Herstellungsbeschränkungen im konventionellen Bereich für die Bundesrepublik Deutschland betreffend bekräftigt wurde, wurden auf Initiative belgischer und französi-

scher Sozialisten an den zuständigen Ausschuß zurückverwiesen.

Der Bericht und der Empfehlungsentwurf des britischen konservativen Abgeordneten Wilkinson über die Lastenteilung in der NATO wurde ebenfalls auf Initiative der sozialistischen Gruppe in den Ausschuß zurückverwiesen. Wilkinson hatte u. a. Verbesserung der Verteidigungsanstrengungen und der Kooperation der NATO-Mitgliedstaaten bei Aufgaben außerhalb des Bündnisbereichs, Unterstützung der USA bei den Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion sowie eine Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses gefordert.

3. Der Ständige Rat tagte regelmäßig auf Botschaferebene in London. Er beantwortete die Empfehlungen 388 bis 392 und die schriftlichen Fragen 232 und 233.

Der Rat berät gegenwärtig die Antworten auf die Empfehlungen 380 und 393 bis 395 und die schriftliche Frage 234 des belgischen Abgeordneten Dejardin.

II. Politische Fragen

1. Im Mittelpunkt der Aussprache des Ministerrats standen die Ost-West-Beziehungen. Staatsminister Möllemann wies in seinem Einführungsvortrag auf die Belastungen des Ost-West-Verhältnisses durch die sowjetische Intervention in Afghanistan, die sowjetischen Pressionen gegenüber Polen und die kontinuierliche sowjetische Aufrüstung hin. Er unterstrich jedoch, daß diese Entwicklung nicht zur Rückkehr zum Kalten Krieg führen dürfe, sondern der Dialog mit dem Osten fortgesetzt werden müsse. Hierbei kämen den Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen im nuklearen und konventionellen Bereich (vor allem INF-Verhandlungen in Genf und MBFR-Verhandlungen in Wien) und dem KSZE-Prozeß besondere Bedeutung zu. Er führte weiter aus, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nur im Rahmen des westlichen Verteidigungsbündnisses gewährleistet werden könne und die Bundesrepublik Deutschland fest an der Seite der Vereinigten Staaten und der westlichen Demokratien Europas stehe. Die von Staatsminister Möllemann vorgetragene Bewertung der Ost-West-Beziehungen fand die Zustimmung der anderen Delegationen.
2. Große Beachtung fanden in der WEU-Versammlung die Ansprachen der Regierungsvertreter und die Rede von General Rogers. Der französische Außenminister Cheysson trug die Grundsätze der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor und wies insbesondere auf die Bedeutung der nuklearen Abschreckung für die Erhaltung des Friedens hin. Bei der Beantwortung von Fragen der Abgeordneten betonte Cheysson die Bedeutung der WEU-Versammlung als einzigem europäischen parlamentarischen Gremium zur Behandlung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen, er sprach sich

gegen die Übernahme von Kompetenzen in verteidigungspolitischen Fragen durch die EG aus und erläuterte die Funktion der französischen Nuklearstreitmacht.

Staatsminister Möllemann hielt eine Ansprache zu Fragen der aktuellen Sicherheitspolitik. Er führte aus, daß das zentrale Ziel der deutschen Außenpolitik die aktive Friedenssicherung sei. Hierzu gehörten die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit auf der Grundlage des westlichen Bündnisystems und die Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland an der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses. Er wies auf die Leistungen der Europäer für die gemeinsamen Verteidigungsausgaben der NATO hin und stellte den deutschen Anteil an diesen Verteidigungsleistungen dar.

Er wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland als geteiltes Land an der Nahtstelle zwischen Ost und West der Suche nach Verständigung mit den östlichen Nachbarn besondere Bedeutung beimesse. Trotz der ersten Belastungen des Ost-West-Verhältnisses und der bestehenden ideologischen und politischen Gegensätze bekenne sich die Bundesrepublik Deutschland zu einer Politik des Abbaus von Spannungen, der Schaffung von Vertrauen und des Interessenausgleichs (Bedeutung der KSZE, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik).

General Rogers erläuterte die NATO-Strategie. Er wies ausdrücklich auf die europäischen Leistungen für die gemeinsame Verteidigung hin und hob hervor, daß er mit diesem Hinweis auch immer wieder amerikanischen Besorgnissen entgegenrete.

Zu aktuellen politischen Themen verabschiedete die Versammlung u. a. eine Empfehlung über China und die europäische Sicherheit, in der dem Rat u. a. empfohlen wird, regelmäßige Konsultationen der westeuropäischen Länder mit der chinesischen Regierung durchzuführen und Möglichkeiten der Intensivierung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und China zu prüfen.

III. Haushaltsfragen

Angesichts der sich verschärfenden Haushaltslage in einigen Mitgliedstaaten werden sich die Regierungen dieser Mitgliedstaaten weiterhin dafür einsetzen, daß der Gesamthaushalt der WEU 1984 ein inflationsbereinigtes Nullwachstum nicht übersteigt.

IV. Rüstungskontrollamt

Das Rüstungskontrollamt setzte die Mengenkontrollen der von den Vertragspartnern auf dem Europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände und die Nichtherstellungskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

V. Ständiger Rüstungsausschuß

Der Ständige Rüstungsausschuß ist vom Rat beauftragt worden, die Statistik im 1. Teil der aktualisierten vertraulichen Wirtschaftsstudie über die Rüstungsindustrien in den WEU-Mitgliedstaaten jährlich auf den neuesten Stand zu bringen. Der Rat prüft gegenwärtig die von dem Leiter des Internationalen Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses Eric Hintermann unterbreiteten Vorschläge für die weitere Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses.

VI. Zusammenfassung

Unter der belgischen Präsidentschaft wurden die Bemühungen fortgesetzt, die Beziehungen zwi-

schen Rat und Versammlung zu pflegen. Diese Bemühungen fanden insbesondere ihren Ausdruck in der Teilnahme von Regierungsvertretern am 1. Teil der 29. Sitzungsperiode der WEU-Versammlung in Paris. Die Bundesregierung wurde von Staatsminister Möllemann vertreten. Die Bundesregierung tritt unverändert dafür ein, daß das gute Verhältnis des Rats zur Versammlung auch in Zukunft durch regelmäßige informelle Treffen beider Gremien ausgebaut wird. Während der diesjährigen Ministerratssitzung am 17. Mai in Brüssel fanden wiederum Treffen und gemeinsame Sitzungen des Ministerrats mit dem Präsidialausschuß, dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und dem Verteidigungs- und Rüstungsausschuß der Versammlung statt.

